

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
154 · Ausgabe CH · Mai 2015
AZB 3001 Bern

SP

**Einkommen entlasten –
AHV stärken**

Drei Mal Ja für mehr Gerechtigkeit

Die SP sagt am 14. Juni Ja zur Reform der Erbschaftssteuer, zur Stipendieninitiative und zum Radio- und Fernsehgesetz. Zur Verfassungsbestimmung über die Präimplantationsdiagnostik hat die Basis Stimmfreigabe beschlossen. Seiten 2 bis 5

SOZIALHILFE

Immer mehr Menschen werden von den Sozialversicherungen in die Sozialhilfe abgeschoben. Die SP fordert darum eine bessere Abstimmung der beiden Sozialwerke aufeinander. Seite 8

SOMMERUNI

Jetzt anmelden: Vom 6. bis 9. August findet in Chandolin, vor dem imposanten Hintergrund der Walliser Alpen, zum zweiten Mal die Sommeruni der SP Schweiz statt. Seite 16

VOLKSINITIATIVE «MILLIONEN-ERBSCHAFTEN BESTEUERN FÜR UNSERE AHV»

Einkommen entlasten,

Die Ungleichheit wird hierzulande immer grösser, Reiche werden immer noch reicher. Die Erbschaftssteuer-Initiative will grosse Erbschaften besteuern und damit dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. In der Schweiz wurde in den letzten Jahren das Kapital steuerlich immer mehr entlastet: Kapitalsteuern und Handänderungssteuern sind gesunken, ebenso die Belastung von Kapitalerträgen. Davon profitieren vor allem grosse Konzerne und jene, die viel Kapital besitzen. Die Vermögenskonzentration in der Schweiz nimmt denn auch ständig zu. Heute besitzen die reichsten 2 Prozent gleich viel Vermögen wie die restlichen 98 Prozent. Dieser zunehmenden Ungleichverteilung wirkt die Erbschaftssteuerreform entgegen.

Erbschaftssteuer gibt Gegensteuer

Die Initiative will eine moderate Besteuerung von grossen Nachlässen: Auf den Anteil eines Erbes, der 2 Millionen übersteigt, wird eine Steuer von 20 Prozent erhoben. Ehepaare können insgesamt 4 Millionen Franken steuerfrei an die Kinder

vererben. Die Einnahmen sollen zu zwei Dritteln in die AHV fliessen. Für unser wichtigstes Sozialwerk ist das eine willkommene zusätzliche Einnahmequelle. Ein Drittel bleibt beim Wohnkanton des Erblassers oder der Erblasserin. Die Kantone werden so für den Ausfall ihrer bisherigen Erbschaftssteuer-Erträge voll entschädigt.

Kantonaler Wildwuchs wird beseitigt

Seit der Jahrtausendwende wurde die Erbschaftssteuer nach und nach in allen Kantonen abgeschafft, jedoch nur für direkte Nachkommen. Geschwister, Nichten, nicht verheiratete Partner oder Götti-Kinder müssen je nach Wohnkanton weiterhin bis zu 50 Prozent Steuern bezahlen.

Die Initiative beseitigt die intransparente und kantonal ungleiche Besteuerung, indem die Zuständigkeit für die Erbschaftssteuer von den Kantonen auf den Bund übergeht. Mit der Erbschaftssteuerreform würden Neffen und Nichten, Geschwister und Nichtverwandte ganz von der Steuer befreit.

SCHLUSS MIT DIESER UNGERECHTIGKEIT:



SIE MACHT IHRE EINKÄUFE UND BEZAHLT MEHRWERTSTEUER.

ER BEZAHLT EINKOMMENSSTEUERN AUF SEINEM LOHN.

Höhe Nachlass	Steuer beträgt	Den Erben bleiben	In Prozent des Nachlasses
2 Millionen	Fr. 0.–	2,0 Millionen	0 %
4 Millionen	Fr. 400 000.–	3,6 Millionen	10 %
5 Millionen	Fr. 600 000.–	4,4 Millionen	12 %
8 Millionen	1,2 Millionen	6,8 Millionen	15 %
10 Millionen	1,6 Millionen	8,4 Millionen	16 %
20 Millionen	3,6 Millionen	16,4 Millionen	18 %
50 Millionen	9,6 Millionen	40,4 Millionen	19,2 %
100 Millionen	19,6 Millionen	80,4 Millionen	19,6 %
500 Millionen	99,6 Millionen	400,4 Millionen	19,9 %
1 Milliarde	199,6 Millionen	800,4 Millionen	20 %

DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» wurde im März 2013 von einem Trägerverein eingereicht, dem neben der SP auch die EVP, der Gewerkschaftsbund und die Grünen angehören. Sie verlangt, dass die Kompetenz, Erbschafts- und Schenkungssteuern zu erheben, von den Kantonen auf den Bund übergeht. Die Kantone werden dafür entschädigt, indem sie einen Drittel des Ertrages erhalten. Zwei Drittel der Steuereinnahmen gehen zweckgebunden an die AHV. Besteuert wird der Nachlass von natürlichen Personen, die ihren letzten Wohnsitz in der Schweiz hatten oder bei denen der Erbgang in der Schweiz eröffnet worden ist, und nicht die einzelnen Erben. Die Schenkungssteuer wird beim Schenkgeber oder der Schenkgeberin erhoben. Nicht besteuert werden ein Freibetrag von 2 Millionen Franken, Geschenke von höchstens 20 000 Franken pro Jahr und beschenkte Person, Zuwendungen an Ehepartnerinnen/Ehepartner und registrierte Partnerinnen/Partner sowie an steuerbefreite juristische Personen. Die Steuer wird mit einem einheitlichen Satz von 20 Prozent ausgestaltet. Gehört zum Nachlass oder zur Schenkung ein Unternehmen, werden bei der Bewertung und beim Steuersatz erhebliche Erleichterungen gewährt.

AHV stärken



SIE GEWINNT IM LOTTO UND BEZAHLT STEUERN.

ER ERBT MILLIONEN UND BEZAHLT DAFÜR ÜBERHAUPT NICHTS.

«Wussten Sie, dass Sie in allen Kantonen ungerecht hohe Erbschafts- und Schenkungssteuern zahlen, wenn Sie Schwester, Nichte, Freundin, Partnerin oder Göttingkind sind? Diese Erbschaftssteuern für indirekte Nachkommen und Nichtverwandte würden mit der Initiative ersatzlos abgeschafft.»

Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH

Grosse Mehrheit nicht betroffen

IN DER SCHWEIZ BESITZEN WENIGER ALS 2 PROZENT DER BEVÖLKERUNG MEHR ALS ZWEI MILLIONEN FRANKEN. DIE MEHRHEIT WIRD DIE ERBSCHAFTSSTEUER ALSO NIE ZU SPÜREN BEKOMMEN.

Kleine und mittlere Erbschaften
Nachlässe und aufsummierte Schenkungen bis 2 Millionen Franken sind steuerfrei. Ehepaare können bis 4 Millionen steuerfrei vererben. Massgebend ist das Nettovermögen. Schulden, etwa Hypotheken, werden abgezogen. Damit kann Wohneigentum steuerfrei auf die nächste Generation übertragen werden. Schenkungen von jährlich 20 000 Franken pro beschenkte Person sind steuerfrei.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
Kleine und mittlere Unternehmen sind nicht gefährdet. Das Parlament wird bei einem Ja für KMU einen Freibetrag und einen reduzierten Steuersatz festlegen. Die Initiantinnen und Initianten schlagen einen Freibetrag von 50 Millionen respektive einen Steuersatz von 5 Prozent vor. Damit wäre kein KMU betroffen. Dass das bürgerlich dominierte Parlament eine strengere Regelung beschliesst, ist unwahrscheinlich.

Bauernhöfe
Landwirtschaftsbetriebe sind gemäss Initiativtext ganz von der Erbschaftssteuer befreit, sofern sie von den Erben, Erbinnen oder Beschenkten selbst weiter bewirtschaftet werden.

Zuwendungen an gemeinnützige Organisationen und Stiftungen
Steuerbefreite juristische Personen – gemeinnützige Organisationen, Stiftungen, politische Parteien oder Kirchen – zahlen keine Einkommens- und Vermögenssteuern. Erhalten sie eine Schenkung oder ein Legat oder werden sie als Erben eingesetzt, unterliegen diese Zuwendungen auch nicht der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

REVISION DES BUNDESGESETZES ÜBER RADIO UND FERNSEHEN

Dank Fairness tiefere Gebühren

DAS NEUE GESETZ ÜBER RADIO UND FERNSEHEN BRINGT MEHR FAIRNESS, TIEFERE RADIO- UND FERNSEHGEBÜHREN UND WENIGER BÜROKRATIE.



«Unsere Medien-
nutzung hat sich
stark verändert.
Dem verschliessen
sich die SP und die
breite Öffentlich-
keit nicht. Darum
wird der System-
wechsel – weg
von der Geräte-
gebühr hin zu
einer günstigeren
Haushaltsgebühr
– eine Mehrheit
finden.»

Edith Graf-Litscher
Nationalrätin TG

Die gültige, geräteabhängige Gebühr für Radio- und Fernsehempfang ist veraltet. Heute bezahlt nur, wer ein Radio oder einen Fernseher besitzt. Jedes Smartphone und jeder Laptop kann jedoch auch als Radio oder Fernseher verwendet werden. Damit wären eigentlich praktisch alle Haushalte und Unternehmen verpflichtet, Radio- und Fernsehgebühren zu bezahlen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Die Ehrlichen zahlen für die schwarz konsumierenden.

Mehr Fairness

Das neue Gesetz sieht einen Systemwechsel vor. Die geräteabhängige Gebühr soll durch eine Abgabe pro Haushalt und Unternehmen abgelöst werden. So müssen künftig alle ihren Beitrag leisten, schwarz fernsehen oder Radio hören wird verun-

möglicht. Weil so mehr Nutzerinnen und Nutzer eine Gebühr zahlen, sinkt diese und jene, die bereits heute bezahlen, werden entlastet.

Tiefere Gebühren

Von einem Ja zur Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) profitieren alle privaten Haushalte und über 80 Prozent der Unternehmen in der Schweiz: Für Erstere sinken die Kosten von heute 462 auf rund 400 Franken. Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 500 000 Franken pro Jahr zahlen keine Abgabe. Unternehmen mit einem Umsatz von über 500 000 Franken bezahlen eine nach Umsatz abgestufte Abgabe (mindestens 400 Franken). Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen zu AHV/IV und Heimbewohner werden von der Ab-

gabe ganz befreit. Wer zuhause auf Radio und Fernsehen verzichtet, kann sich ausserdem während einer Übergangsfrist von fünf Jahren weiterhin von der Abgabe befreien lassen.

Weniger Bürokratie

Dadurch, dass künftig unabhängig von Anzahl und Art der Empfangsgeräte eine Mediengebühr erhoben wird, sinkt auch der administrative Aufwand massiv. Dank der Vereinfachung fallen die aufwändigen und lästigen Kontrollen in Haushalten und Unternehmen wie auch das An- und Abmeldungsprozedere beim Umzug weg. Auch bezahlt jeder Haushalt und jedes Unternehmen nur noch höchstens einmal – anders als heute fallen zusätzliche Gebühren für Ferienwohnungen oder für Filialen weg.

tiefere
Gebühren

Ja zum
RTVG

DARUM GEHT ES

Das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) ist veraltet. Das Parlament hat es deshalb revidiert und im Herbst 2014 verabschiedet. Die herkömmliche Empfangsgebühr soll durch eine allgemeine Abgabe ersetzt werden. Neu wird also nicht mehr pro Empfangsgerät bezahlt, sondern pro Haushaltung oder Unternehmen. Der Schweizerische Gewerbeverband hat gegen die Gesetzesrevision das Referendum ergriffen.

Verfassungsartikel «für die Fortpflanzungsmedizin»

Mit dem neuen Verfassungsartikel Art. 119 Abs. 2 Bst c wollen Bundesrat und Parlament eine massvolle Weiterentwicklung der Fortpflanzungsmedizin erlauben. Der entsprechende Absatz lautet wie folgt:

Abs. 2 Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit menschlichem Keim- und Erbgut. Er

sorgt dabei für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Familie und beachtet insbesondere folgende Grundsätze:

c. Die Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung dürfen nur angewendet werden, wenn die Unfruchtbarkeit oder die Gefahr der Übertragung einer schweren Krankheit nicht an-

ders behoben werden kann, nicht aber um beim Kind bestimmte Eigenschaften herbeizuführen oder um Forschung zu betreiben; die Befruchtung menschlicher Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau ist nur unter den vom Gesetz festgelegten Bedingungen erlaubt; es dürfen nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers

STIPENDIENINITIATIVE

Gleiche Chancen für alle

HEUTE BESTIMMEN DIE KANTONE DARÜBER, WER STIPENDIEN ERHÄLT UND WIE HOCH DIESE SIND. DAS FÜHRT ZU ENORMEN UNTERSCHIEDEN ZWISCHEN DEN KANTONEN UND ZU EINER UNGLEICHBEHANDLUNG DER STUDIERENDEN. DIE STIPENDIEN-INITIATIVE WILL DIES ÄNDERN.

Die Ausbildungsfinanzierung ist prinzipiell Aufgabe der Studierenden und ihrer Familien. Es gilt: Stipendien erhalten nur jene Personen in Ausbildung, die mit eigenen Ersparnissen, Erwerbsarbeit und/oder der Unterstützung ihrer Familie nicht über genügend Geld verfügen, um Ausbildungskosten und Lebensunterhalt zu finanzieren.

Massive kantonale Unterschiede

Weil es für die Kantone keine verbindlichen und klaren Regeln zur Stipendienberechnung gibt, herrscht in der Schweiz jedoch eine massive Ungleichbehand-

lung: Im Kanton Waadt etwa erhalten Studierende viel eher ein Stipendium als im Kanton Glarus. Das Stipendium im Kanton Waadt ist zudem auch noch höher. Auch die Vorgaben des 2013 in Kraft getretenen Stipendienkonkordats sind nicht ausreichend, um die Chancengerechtigkeit effektiv zu erreichen – nach wie vor hat jeder Kanton sein eigenes System. Das Konkordat gilt zudem nur für die Kantone, die beigetreten sind.

Fairer Zugang zu Bildung für alle

Letztendlich führt die heutige Praxis dazu, dass nicht alle Stu-

dentinnen und Studenten, die ein Stipendium benötigen, auch tatsächlich eines in der richtigen Höhe erhalten. Viele müssen neben ihrem Studium so viel arbeiten, dass ihr Studienerfolg gefährdet ist. Oder sie beginnen gar nicht erst die für sie passende Ausbildung, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren könnten.

Die Stipendieninitiative verlangt, dass der Bund Grundregeln im Stipendienbereich festlegt und dass ein Stipendium im Härtefall die Lebenshaltungskosten decken muss. Sie schafft so einen fairen Zugang zu Bildung für alle.



«Bildung darf nicht abhängig vom Wohnkanton oder vom Portemonnaie der Eltern sein. Es ist höchste Zeit, dass alle im gleichen Rahmen unterstützt werden. Deshalb kämpfe ich für die Stipendieninitiative.»

Matthias Aebischer
Nationalrat BE

DARUM GEHT ES

Die Stipendien-Initiative wurde Anfang 2012 vom Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS eingereicht. Ziel der Initiative ist es, mit einer Änderung von Artikel 66 der Bundesverfassung den Grundsatz der Harmonisierung des Stipendienwesens als Bundeskompetenz zu verankern. Ausbildungsbeiträge für Schweizer Studierende sollen so ausgestaltet werden, dass ein minimaler Lebensstandard garantiert ist. Der Zugang zu Bildung soll damit nicht länger von den finanziellen Möglichkeiten von Einzelpersonen und deren Familien abhängig sein, sondern allen offen stehen, die die entsprechenden Fähigkeiten mitbringen.



STIMMFREIGABE

der Frau zu Embryonen entwickelt werden, als für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind.

Heute sind Verfahren der so genannten Präimplantationsdiagnostik (PID), mit denen genetische Untersuchungen an der befruchteten

Eizelle durchgeführt werden können, in der Schweiz verboten. Mit diesem Verfassungsartikel soll dieses grundsätzliche Verbot aufgehoben werden.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz hat sich bei der Gegenüberstellung der Ja- und der Nein-Parole mehrheitlich grundsätzlich für

ein Ja zum Verfassungsartikel «Für die Fortpflanzungsmedizin» ausgesprochen. Weil es in dieser Abstimmung jedoch letztendlich um ethische Fragen geht, die jeder Mensch unterschiedlich empfindet und beurteilt, haben die Delegierten in der Schlussabstimmung dazu Stimmfreigabe entschieden.

Schluss mit der Freiwilligkeit



NOCH IMMER BESTEHEN GROSSE LOHNUNTERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN. NACH DEM SCHEITERN DES LOHNDIALOGS BRAUCHT ES JETZT VERBINDLICHE MASSNAHMEN.

Ich habe kürzlich mit zwei Lernenden der Berufsschule Uzwil ein Gespräch über Gleichstellung geführt, weil sie dieses Thema für ihre Abschlussarbeit gewählt hatten. Eine junge Frau und ein junger Mann, beide im 4. Lehrjahr als Polymechniker/in. Die junge Frau erzählte mir von einer Kollegin in ihrer Klasse, die selbst in der Lehre weniger verdient als ihr Kollege. Erst durch Einschreiten des Berufsbildungsamts wurde dieser Missstand behoben. Auf die Förderung von Frauen in MINT-Berufen angesprochen, erklärten sie, es sei für Frauen halt auch nicht attraktiv. So sei es nicht unüblich, dass ausgebildete Polymechnikerinnen bis zu 1000 Franken weniger verdienen als ihre Kollegen. «Ich finde das völlig ungerecht, wenn meine Kollegin weniger verdient», sagte mir der Mann. Für sie als junge Berufsleute sei es aber schwierig, etwas dagegen zu unternehmen.

Wir kennen die verschiedenen Studien, die die Lohnunterschiede aufzeigen und belegen. Das Gespräch mit den beiden hat mir aber einmal mehr vor Augen geführt, wie krass es in Wirklichkeit ist. Seit

1981 will die Bundesverfassung die Gleichstellung von Frau und Mann in Familie, Ausbildung und Arbeit. Seit 1996 verlangt auch das Gleichstellungsgesetz gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Trotzdem werden Frauen noch immer diskriminiert.

- Frauen verdienen im Durchschnitt in der Schweizer Privatwirtschaft pro Monat 1800 Franken weniger als Männer. Dieser Lohnunterschied hat sich im letzten Jahrzehnt kaum verändert.

- 684 Franken davon sind unmittelbare Diskriminierung. Der Betrag lässt sich nicht mit unterschiedlichen Tätigkeiten, Branchen, Qualifikationen oder Anstellungsbedingungen erklären.

- Auch der restliche Unterschied ist nicht frei von Diskriminierung. Frauen werden bei Beförderungen und bei der Besetzung gut bezahlter Stellen übergangen, weibliche Tätigkeiten werden tiefer entlohnt und sie erhalten weniger Weiterbildung, die den Lohn erhöht.

Verantwortlich für die Diskriminierung sind die Unternehmen. Sie drücken die Frauenlöhne und er-



Barbara Gysi ist Nationalrätin SG und Vizepräsidentin der SP Schweiz

wirtschaften damit höhere Profite. Insgesamt 7,7 Milliarden Franken fließen so jährlich in die Taschen der Unternehmen und ihrer Besitzer anstatt in die Portemonnaies der Frauen. Dies ist Bereicherung der Wenigen auf Kosten der Frauen. Sie trifft aber auch Männer. Mit ihren Partnerinnen verfügen sie über ein tieferes Haushaltsbudget. Auch ihre Löhne kommen unter Druck, wenn ihre Arbeitskolleginnen diskriminiert werden.

Dass es für junge Menschen, die ins Berufsleben einsteigen, schwieriger ist, diese Lohnunterschiede anzuprangern, ist nachvollziehbar. Unverständlich und gar zynisch sind die Aussagen von Wirtschaftsvertretern wie Roland Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, der gegenüber «10vor10» sagte: «Wir wollen diese Lohndiskriminierung auch nicht und wir versuchen schon länger mit allen Mitteln, sie zu bekämpfen. Wir sind nicht glücklich, dass der Staat das Heft in die Hand nimmt. Wir könnten eigentlich eigene Lösungen bringen.» Die Realität zeigt ein anderes Bild. Wir müssen klar festhalten, dass die Freiwilligkeit gescheitert ist. Der vom eidgenössischen Gleichstellungsbüro initiierte Lohngleichheitsdialog war nicht erfolgreich. Lediglich 51 statt der anvisierten 100 Unternehmen hatten teilgenommen, und darunter waren erst noch 23 staatliche oder staatsnahe Unternehmen. Der massive Lohnunterschied besteht und er ist ein Unrecht. Nach dem Scheitern des Lohndialogs braucht es jetzt verbindliche Massnahmen.

Unsere 10 Projekte für eine gerechte, offene und solidarische Gesellschaft.

**FAIRE LÖHNE
BEZAHLBARER
WOHNRAUM
SICHERE RENTEN**

Wahlplattform 2015

FOR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



www.spschweiz.ch/wahlplattform

DIE SP FORDERT

- Die Bekämpfung der Lohndiskriminierung mit verbindlichen Kontrollen
- Eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
- Eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in allen Bereichen des Erwerbslebens
- Höhere Frauenlöhne

Das Massnahmepapier der SP zur Lohngleichheit findet sich unter www.spschweiz.ch/lohnleichheit_massnahmepapier

«Verliert das fortschrittliche Lager im Herbst, gibt es keine Energiewende, einen Abbau bei den Sozialleistungen, Sparprogramme zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen sowie weitere Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen.»

Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Ein Weckruf zur richtigen Zeit

Die SP-Bilanz der kantonalen Wahlen 2015 ist zwiespältig: Guten Ergebnissen in den Parlamentswahlen stehen zwei verlorene Regierungssitze gegenüber. Was bedeutet das für die bevorstehenden eidgenössischen Wahlen und die Rolle der SP?

Der 10. Mai war ein Weckruf. Für mich, aber hoffentlich auch für viele andere SP-Mitglieder. Nach 56 Jahren haben wir nämlich im Kanton Luzern unseren Sitz in der Regierung verloren. Das Gleiche widerfuhr der SP Baselland im Februar, dort war die SP sogar 90 Jahre ununterbrochen in der Regierung gewesen. Natürlich sind beide Ereignisse mit lokalen Besonderheiten zu erklären. Eine uneinige Linke in Baselland, ein arroganter Rechtsblock in Luzern, der von Konkordanz und Frauenvertretung nichts wissen wollte. Und doch ist der Weckruf nicht zu überhören – und das ist gut so. Nach dem Luzerner Ergebnis hat sicher jede und jeder begriffen, dass uns bis im Herbst ein harter, anstrengender und entscheidender Wahlkampf erwartet.

Offenheit und Solidarität vs. Abschottung und Sozialabbau

Es geht um viel am 18. Oktober. Zwei Lager stehen sich gegenüber. Als grösste Kraft im fortschrittlichen Lager übernimmt die SP Verantwortung. Die Schweiz kann mehr, als nur ein Steuerparadies, eine abgeschottete Wohlstandsinsel oder das Land mit den grössten Vermögensunterschieden in Europa zu sein. Sehen wir den Tatsachen ins Auge: Verliert das fortschrittliche Lager im Herbst, gibt es keine Energiewende, einen Abbau bei den Sozialleistungen, Sparprogramme zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen sowie weitere Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen.

Um das zu verhindern, brauchen wir eine starke Linke im Parlament. In der kommenden Legislatur mehr denn je: Mit der AHV-

Reform 2020, der Unternehmenssteuerreform und der Rettung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen kommen immens wichtige Vorlagen auf uns zu, die wir nicht der nationalkonservativen Rechten überlassen dürfen.

Mit 100 000 Wählerinnen und Wählern sprechen

Was können wir also machen, damit wir im Herbst gewinnen? Seit Ende 2013 hat die SP bei acht von elf kantonalen Parlamentswahlen zugelegt (GE, OW, NW, BE, GR, ZG, LU, ZH). In Baselland blieb die SP stabil und nur in Glarus und im Tessin hat sie leicht Anteile eingebüsst. Wir wissen also, wie es geht! Mehr noch: Die in Luzern und Zürich erstmals im grossen Stil verfolgte Strategie, mit Tausenden von Wählerinnen und Wählern zu sprechen – insbesondere am Telefon –, hat funktioniert. In Luzern hat die SP das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. In Zürich haben wir insbesondere an jenen Orten, wo wir viel telefoniert haben, zugelegt. Das sind sehr gute Vorzeichen für den Wahlherbst.

Jetzt brauchen wir nur noch etwas – nämlich euch. Nur wenn alle Mitglieder mitziehen und sich einsetzen, können wir Erfolg haben. Wir haben keine Millionen, mit denen wir das Land mit Plakaten und Werbung überziehen können. Die Vorkampagne der FDP kostet ein Drittel unseres gesamten Wahlbudgets. Mit einem Versand in alle Haushalte, wie es die SVP macht, wäre unser Budget quasi aufgebraucht. Wir haben keine Millionen, aber wir haben motivierte Mitglieder, die richtigen Argumente und die besseren Ideen. Jeder und jede Einzelne von uns ist gefordert. Wir müssen alles geben und hart arbeiten, wenn wir erfolgreich sein wollen. Aber ich kann euch versprechen: Es lohnt sich. Mit unserem Einsatz machen wir die Schweiz offener, sozialer und gerechter.

STAND
PUNKT



Gegenwart statt Vergangenheit

Dass die konservative Réduit-Schweiz mit der Schlacht von Marignano im Jahr 1515 eine Niederlage mit dem Enthusiasmus eines Achtjährigen im Europapark feiert, ist hinlänglich bekannt. Auch dass hier eine Sonderweg-Geschichte zelebriert wird, die so nie stattgefunden hat und die sich um historische Fakten foutiert. Aber dennoch: Lassen wir uns auf das Experiment ein. Lassen wir uns vom Mythos einlullen und glauben für ein paar Minuten an die Mär unserer gemeinsamen Wurzeln. Reisen wir in die gepriesene Vergangenheit: die Schweiz von 1515 (sorry, Romands, ihr gehört noch nicht dazu; ebenso wenig wie die Frauen). Reisen wir an den Ursprung und zur Geburtsstunde unserer Unabhängigkeit (die sogenannte Unabhängigkeit war ein Vertragswerk, das von fremden Mächten besiegelt werden musste – viel deutlicher kann Abhängigkeit eigentlich nicht vor Augen geführt werden.) Egal. Beschäftigen wir uns nicht mit historischen Fakten und kümmern uns nur um das Gefühl. Unabhängigkeit und Stärke. Selbstbewusstsein und Identität. Ein Volk von einzig Brüdern. Wir gegen den Rest der Welt. Nur: Wenn ihr schon 1515 abfeiert, dann bitte richtig. Bejubelt ein feudales System mit starren Hierarchien. In dem die Herren Herren waren und die Knechte Knechte; in welchem Freiheit das Privileg einer kleinen Klasse von Adeligen war. Eine Gesellschaft, in dem einige alles hatten und die meisten nichts. Preiset hohe Kindersterblichkeit, Vor- und Geburtsrechte. Macht eine zutiefst antidemokratische, patriarchalische Gesellschaftsordnung zu eurem Leitmotiv. Feiert Leibeigenschaft, Folter und Willkür. Oder öffnet einfach die Augen und macht euren Job. Ein in die Vergangenheit projizierter Richtungsstreit bringt uns nicht weiter. Sehr viel mehr bringen der Einsatz für die Abschaffung von Privilegien (z. B. mit der Erbschaftssteuerreform), für mehr Demokratie (z. B. in der Wirtschaft), mehr Gerechtigkeit (z. B. gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit), mehr Mitsprache (z. B. von Migrantinnen und Migranten). Es gibt noch so viel zu tun. So entsteht gute Geschichte: aus zukunfts-fähiger Politik in der Gegenwart.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Die Revisionen von Invaliden- und Arbeitslosenversicherung haben zu steigenden Kosten in der Sozialhilfe geführt.



RAM

REGIONALE ARBEITSVERMITTLUNG

Bern Zentrum

Armut, nicht Arme bekämpfen

NICHT DIE SOZIALHILFE-EMPFÄNGER SIND DAS PROBLEM. DAS PROBLEM IST, DASS IMMER MEHR MENSCHEN AUS DER SOZIALVERSICHERUNG IN DIE SOZIALHILFE ABGESCHOBEN WERDEN UND DASS DIE UNTERNEHMEN KAUM NOCH SOZIALHILFE-EMPFÄNGER ANSTELLEN.

Seit Monaten reiten die rechtsbürgerlichen Parteien massive Attacks gegen die Institution Sozialhilfe und sie führen eine entwürdigende Kampagne gegen Menschen, die von der Sozialhilfe abhängig sind. Einerseits ist dies brandgefährlich für dieses wichtige Sozialwerk und andererseits geht ob all dem vergessen, dass die Sozialhilfe nach wie vor erstaunlich gut funktioniert. Sie ist als soziales Auffangnetz unverzichtbar für unsere Gesellschaft.



Silvia Schenker,
Nationalrätin BS

Modernisierung der Sozialhilfe

Als Reaktion auf die politischen und medialen Angriffe gegen die Sozialhilfe hat die SP Schweiz Anfang Mai ein Positions- und Massnahmenpapier zur Modernisierung der Sozialhilfe mit drei zentralen Forderungen veröffentlicht.

1. *Harmonisierung des sozialen Existenzminimums:* Es braucht schweizweite Mindeststandards, um einen «Negativ-Wettbewerb» um die miesesten Sozialhilfe-Leistungen zu verhindern. Wenn die Sozialhilfe beliebig festgesetzt werden kann, führt dies zu einem negativen Wettbewerb zwischen den Gemeinden. Es kann nicht sein, dass die Ansätze herabgesetzt werden, um Sozialhilfebezüger zu einem Wegzug zu bewegen.

2. *Rahmengesetz für die Sozialhilfe:* Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe Skos stösst punkto Ak-

zeptanz und Verbindlichkeit an Grenzen. Leistungen, Finanzierung und Koordination der Sozialhilfe müssen endlich in einem nationalen Gesetz geregelt werden. Ein solcher Rahmen gibt der Sozialhilfe auch die verdiente politische und demokratische Legitimation.

3. *Einführung eines Ausgleichsmechanismus:* Die Kosten für die Sozialhilfe müssen innerhalb der Kantone, aber auch zwischen den Kantonen gerechter verteilt werden.

Ins nationale System einbetten

Bei einer Analyse der Ursachen für die steigenden Kosten in der Sozialhilfe zeigt sich, dass die Revisionen der Invalidenversicherung IV und der Arbeitslosenversicherung ALV zur Überwälzung von Kosten auf die Sozialhilfe geführt haben. Da die Sozialhilfe einen wichtigen und unverzichtbaren Teil des sozialen Netzes bildet und in starken Wechselwirkungen zu den Sozialversicherungen steht, geht es im Grundsatz darum, die Sozialhilfe ins nationale System der sozialen Sicherheit einzubetten. Auch wenn gemäss Verfassung die Sozialversicherungen Sache des Bundes sind, hingegen die Sozialhilfe in kantonaler Kompetenz ist, ergänzen sich die unterschiedlichen Leistungsträger. In den letzten Jahren haben die Revisionen der vorgelagerten Systeme wie IV oder ALV eine Zunahme der

Zahl der Sozialhilfebezüger und der Kosten mit sich gebracht.

Zudem ist die Sozialhilfe stärker als früher dazu angehalten, die Klientinnen und Klienten in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da diese Aufgabe auch der Invalidenversicherung und der Arbeitslosenversicherung übertragen ist, müssen die Schnittstellen zwischen den unterschiedlichen Systemen gut funktionieren. Das kann nur auf nationaler Ebene, etwa mit einem Rahmengesetz, gelöst werden.

Die Abstimmung der Sozialhilfe mit den Sozialversicherungen käme schliesslich auch den Kantonen und Gemeinden zugute. Es kann für die Exekutiven der Gemeinden und Kantone eine grosse Entlastung sein, wenn sie nicht immer in ihren Parlamenten und anderen Gremien um die Budgets für die Sozialhilfe ringen müssen.

Die SP-Fraktion wird sich in den kommenden Wochen daranmachen, die im Positionspapier vorgeschlagenen Massnahmen in geeigneter Form im Parlament einzubringen. Das oberste Ziel unserer Aktivitäten muss sein, die Sozialhilfe in ihrer Substanz zu erhalten. Die Existenzsicherung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger darf nicht – wie sie das früher war – zu einem Gnadenakt werden. Auch Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger haben das Recht auf ein Leben in Würde.

Blackbox Steuer-Ruling knacken

Steueroase Guernsey, Vereinigtes Königreich

Es tönt wie ein Krimi; ein schlechter allerdings. Seit anfangs 2014 stehen der Kanton Bern und seine Steuerpraxis im nationalen Brennpunkt. Den Fall ins Rollen brachte das Schweizer Fernsehen am 29. Januar 2014. Laut Rundschau hatte die Ammann-Gruppe 263 Millionen Franken steuerfrei im Ausland parkiert. Das warf – zumindest für die SP Kanton Bern – Fragen auf. Entginnen resp. entgehen dem Kanton Bern Steuereinnahmen in Millionenhöhe, welche schlussendlich zu schmerzhaften Sparübungen führen?

Um Licht ins Dunkel zu bringen, stellte die SP Fragen und forderte in der Märzsession 2014 eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Der bürgerlich dominierte Grosse Rat wollte nichts davon wissen. Der Präsident der Finanzkommission (FIKO) kündigte eine Sonderprüfung an. BDP, FDP und SVP warfen der SP Wahlkampf vor und die GLP zeigte sich «befremdet» über das Vorgehen der SP.

Es folgte ein Schwarzpeterspiel sondergleichen. Die FIKO verzichtete auf die von ihr angekündigte Sonderprüfung durch die Finanzkontrolle. Dies obschon sie den Eindruck hatte, dass die eidgenössische



Michael Aebersold, Grossrat und Fraktionspräsident SP-JUSO-PSA-Fraktion

Steuerverwaltung (ESTV) ihren Kontrollauftrag gegenüber den Kantonen im Bereich Offshore-Gesellschaften nicht systematisch wahrnimmt. Begründet wurde der Verzicht mit erfolglosen Bemühungen, die ESTV zur Mitarbeit zu bewegen. Es brauchte im September 2014 erneut die Rundschau, bevor die kantonale Finanzdirektion die ESTV um Unterstützung ersuchte. Nach dem Motto «Joggeli wott ga Birli schüttle» entschied nun auch die FIKO, zumindest rechtliche Abklärungen vorzunehmen.

Sachverhalte wurden lückenhaft abgeklärt und falsch beurteilt

Umgehend forderte die SP auf nationaler und kantonaler Ebene Fakten (MM SP Kanton Bern vom 26. September 2014). Durch den am 23. April 2015 veröffentlichten Bericht der ESTV wurde die harte Kritik der SP an der Steuer-Ruling-Praxis der Finanzverwaltung bestätigt. Das vernichtende Fazit: Sachverhalte wurden lückenhaft abgeklärt und falsch beurteilt.

Die SP steht für Transparenz und Steuergerechtigkeit. Es gilt die verfassungsmässige Besteuerung nach Einkommen und Vermögen.

Wir verlangen konsequent eine vollständige Aufklärung und eine rechtmässige Handhabung von Steuer-Rulings. Es muss jetzt sichergestellt werden, dass Steuer-Rulings, wenn schon, zumindest rechtmässig erfolgen. Die Finanzdirektion muss ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen. Die FIKO hat die Oberaufsicht und muss die Blackbox Steuer-Ruling knacken. Denn wichtige Fragen sind noch immer offen. Dies auch, weil das Büro des Grossen Rats im November 2014 die SP-Motion «Steuerveranlagungspraxis der Berner Steuerverwaltung – der Grosse Rat muss jetzt handeln!» als ungültig erklärte. Wir bleiben dran, bleiben schampar unbequem und wollen Klarheit:

- Wie viele Unternehmen mit Sitz im Kanton Bern mit Tochtergesellschaften im Ausland wurden in der Vergangenheit fragwürdig veranlagt?
- Was unternahm die Berner Steuerverwaltung zur Überprüfung von gewährten Steuer-Rulings?
- Wie gross waren resp. sind die Steuerausfälle für den Kanton Bern?

Bei mir bleibt ein schaler Nachgeschmack, solange diese Fragen nicht beantwortet sind.



GEDENKEN AN KRIEGSENDE

SP pflanzt Friedenslinde im Wasseramt

AM 8. MAI JÄHRT SICH ZUM 70. MAL DAS ENDE DES 2. WELTKRIEGS. DAMIT DAS GEDENKEN DARAN NICHT NUR EINE ANGELEGENHEIT VON REGIERUNGEN UND DIPLOMATEN WIRD, HAT DIE SP IN BOLKEN IM RAHMEN DER FEIERLICHKEITEN VON 125 JAHRE SP KANTON SOLOTHURN EINE LINDE GEPFLANZT, VERBUNDEN MIT DEM DANK AN ALLE, DIE ZUM EUROPÄISCHEN FRIEDENSWERK BEITRAGEN. ÜBER 50 PERSONEN NAHMEN AM GEDENKANLASS TEIL UND HÖRTE DEN INTERESSANTEN AUSFÜHRUNGEN DES REFERENTEN, RUEDI TOBLER, PRÄSIDENT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES, ZU.

Niklaus
Wepfer,
Parteisekretär

«Dass wir zum 70-jährigen Gedenken an das Ende des 2. Weltkrieges in Europa heute eine Friedenslinde pflanzen, hat seinen ersten Grund in der Dankbarkeit gegenüber den Alliierten, die damals die Achsenmächte besiegt und die nationalsozialistische Schreckensherrschaft in Europa beendet haben», so Ruedi Tobler zu Beginn seines Referats in Bolken. Dabei wolle man auch die dunklen Seiten nicht vergessen, etwa die Flüchtlingspolitik. Humanitäres Engagement war damals Widerstand gegen die offizielle Politik, wie heute leider schon wieder, meinte Tobler weiter.

Zur Zeit des 2. Weltkrieges war die Schweiz wirtschaftlich sehr stark von Nazideutschland abhängig und hat sich selber weitestgehend ins Wirtschaftssystem der Achsenmächte integriert – stärker, als sie heute mit den bilateralen Verträgen wirtschaftlich an die EU gebunden ist. Tobler meinte, es sei «entlarvend, dass unsere Rechtsausenpartei die damaligen Verhältnisse als Zeit des Widerstandes und der Selbstbehauptung mythologisch verklärt – während sie das gegenseitig ausgehandelte Verhältnis zur EU als Knechtung und Umzingelung verteufelt».

Die Alliierten haben nicht den Fehler gemacht, sich als Sieger aufzuspielen und sich an den Besiegten schadlos zu halten.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen haben sie in der UNO-Charta den Anspruch erhoben, eine friedliche Weltordnung zu schaffen, «künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren» und «die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen». Auch für diese Ziele setze man mit der Pflanzung der Friedenslinde ein Zeichen. 70 Jahre nach der Gründung der UNO sei man dennoch meilenweit davon entfernt, dass die Menschheit vor der Geissel des Krieges bewahrt würde. «Die Entwicklungen seit einiger Zeit sind tatsächlich besorgniserregend und schockierend, nur schon wenn wir die immer noch wachsende Zahl der Menschen anschauen, die weltweit auf der Flucht sind – über 50 Millionen sind es, so viele wie seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr», gab der Referent aus dem Appenzellerland zu bedenken. Und trotzdem falle die Bilanz nicht so negativ aus. Fairerweise dürfe man den Erfolg der UNO nicht nur an den Zielen messen, sondern auch an ihren Mitteln und an den Verhältnissen, die die Entwicklung der Welt seit dem 2. Weltkrieg prägten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges habe die Anzahl der UNO-Friedensoperationen massiv zugenommen, etliche UNO-Friedensmissionen haben laut Tobler eine deeskalierende bis stabilisierende Wirkung gehabt. Aber auch Misserfolge und Übergriffe durch Blauhelmsoldaten dürften nicht schöngeredet werden. Das Engagement der Schweiz in diesem Bereich lasse allerdings stark zu wünschen übrig. Gut 20 Jahre nach dem Scheitern der Blauhelmvorlage von 1994 wäre es an der Zeit, die Rolle der Schweiz bei UNO-Friedensmissionen grundlegend zu überdenken. «Dürfen wir die Hoffnung haben, dass das Engagement der Schweiz für die UNO-Friedensmissionen zusammen mit der heute gepflanzten Friedenslinde wächst?», fragte Tobler in die Runde. Und die Schweiz ganz allgemein aktiver dazu beiträgt, dass die UNO ihr Ziel verwirklichen kann, künftige Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren. Dafür braucht es heute und morgen unseren Einsatz – angefangen mit der Pflanzung einer Friedenslinde!

125 JAHRE SP KANTON SOLOTHURN

Das OK für das Jubiläumsjahr 2015 hat bis anhin während 10 Sitzungen und unzähligen Stunden zu Hause oder draussen riesige Arbeit geleistet. Die Vorbereitungen für das Fest laufen auf Hochtouren. Die Einladungen sind mittlerweile in über 3000 Haushaltungen eingetroffen. Das Festprogramm wird sich sehen lassen können. Wir freuen uns schon jetzt auf ganz viele Menschen am 29. August in der Rythalle in Solothurn. Auf 125jahre.sp-so.ch/ kannst du Momentaufnahmen seit der Gründung der SP im Jahre 1890 mitverfolgen. In regelmässigen Abständen erscheint ein neuer Beitrag in Text, Plakat und Video.

TEILREVISION DES KÖNIZER BAUREGLEMENTS:

Ja zu einer zukunftsgerichteten Energiepolitik

DIE SP IST BEKANNT ALS PARTEI, WELCHER DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG SEIT JAHRZEHNEN EIN ZENTRALES ANLIEGEN IST. DAHER HAT SIE IM JAHR 2011 ZWEI MOTIIONEN MITLANCIERT: «NEU BAUEN MIT ERNEUERBARER ENERGIE» UND «NUTZUNGSBONUS FÜR BAUTEN IM MINERGIE-STANDARD ODER BESSER». DARÜBER STIMMT DIE KÖNIZER BEVÖLKERUNG AM 14. JUNI AB.

Um was geht es bei dieser Teilrevision des Könizer Baureglements? Neubauten und Sanierungen sollen einerseits strengeren Vorschriften bezüglich des zukünftig eingesetzten Energieträgers unterliegen. Damit soll der Spielraum ausgenützt werden, den das neue kantonale Energiegesetz gewährt. So sollen künftig nur noch maximal 30 Prozent nicht erneuerbare Energien (beispielsweise Heizöl und Erdgas) beim Beheizen von neu gebauten oder sanierten Gebäuden eingesetzt werden dürfen. Das ist gut so. Denn die Energiewende muss und wird kommen: Nur der Ausstieg aus der Atomenergie und langfristig der Verzicht auf fossile Energieträger ist nachhaltig. Denn das Nutzen erneuerbarer Energien verhindert das Abfließen von Wertschöpfung in Krisen- und Kriegsregionen und schafft Arbeitsplätze in der Schweiz.

Gelingen kann die Energiewende jedoch nur, wenn auf allen

Ebenen die Stellschrauben richtig gestellt werden. Dementsprechend ist die SP überzeugt, dass auch auf Könizer Ebene die Bedeutung vor allem der Sonnen- und Holzenergie gesteigert werden muss. Und Vorbilder sind vorhanden: Riggisberg mit seiner Regelung des maximal zulässigen Verbrauchsanteils von nicht erneuerbaren Energieträgern von 33 Prozent ist eine der in diesem Bereich innovativsten Gemeinden im Kanton. Die vordringliche Frage, ob denn die 30-Prozent-Nichternewerbar-Regel technisch überhaupt umsetzbar ist, kann mit einem klaren Ja beantwortet werden. Zwei von der Gemeinde bestellte unabhängige Expertisen haben die Machbarkeit bestätigt. Die SP stellt daher mit Befriedigung fest: Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik ist auch auf Gemeindeebene realisierbar. Bereits heute sind bei der geplanten Überbauung Ried in Niederwangen und bei der im Bau stehenden Siedlung Bächtelenacker in

Wabern 100 Prozent erneuerbare Energieträger vorgesehen.

In die gleiche Richtung geht zum zweiten die Schaffung eines Nutzungsbonus für energieeffizientes Bauen. Damit darf bei besonders guter Isolation und bei Einsatz von maximal 10 Prozent nicht erneuerbarer Energien die Nutzfläche um 10 Prozent über das erlaubte Mass hinaus erhöht werden. Es ist in den Augen der SP konsequent, ergänzend zu den verschärften Energievorschriften ein Anreizsystem für ökologisches Bauen zu schaffen.

In der eingereichten Motion waren sogar nur 20 Prozent nicht erneuerbare Energie vorgesehen. Die parlamentarische Diskussion zeigte aber, dass eine Quote von 30 Prozent mehr Chancen hat. Die Vorlage wird einzig von FDP und SVP (massiv) bekämpft.

Die SP Köniz sagt überzeugt Ja zur Teilrevision des Baureglements (Energievorschriften).

Christian Roth, Mitglied Parlament Köniz

Der Spielraum, den das neue kantonale Energiegesetz gewährt, soll voll ausgenützt werden.

In der Überbauung Bächtelenacker ist die Deckung des Wärmebedarfs mit 100 Prozent erneuerbarer Energie vorgesehen.





Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz, Foto Esther Pfirter

Vor 40 Jahren war «Kaiseraugst» besetzt

Was Jahre später mit dem Verzicht auf das Atomkraftwerk Kaiseraugst endete, begann im Spätsommer 1973 an einer Delegiertenversammlung der SP Baselland in Oberdorf. Die SP beriet damals über eine Resolution gegen den ungeliebten Atommeiler. Das Bundesgericht hatte eben in letzter Instanz gegen Einsprachen von Atomkraftwerkgegnern entschieden. Dem Bau stand damit nichts mehr entgegen.

Der juristische Weg hatte in eine Sackgasse geführt. Als Ausweg schlugen einige Baselbieter Jungsozialisten vor, das Baugelände notfalls zu besetzen. Unter den in Oberdorf versammelten Delegierten zirkulierte eine Liste, auf der sich eintragen konnte, wer diesen Plan tatkräftig zu unterstützen bereit war.

Wenige Tage später trafen sich die interessierten Leute und einige Baselbieter Jungsozialisten. Sie gründeten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK). Bereits zwischen Weihnachten und Neujahr 1973 besetzte diese Gruppe das künftige Baugelände symbolisch. Sie wollte die Bevölkerung anschaulich darüber informieren, was sie vorhatte. Die Handvoll Besetzerinnen, die bei klirrender Kälte in Zelten ausharr-

ten, lockte rund 400 Besucher an. Die Presse berichtete ausführlich über die Aktion.

Der Funke zündete: Aus den 400 Besucherinnen wurden im September 1974 3000 Leute an einer Grossveranstaltung. Und als die GAK am 1. April 1975 zur Tat schritt, kamen wenig später rund 10 000 Personen nach Kaiseraugst. Bei Schnee und Regen stimmten sie einer Resolution zu, die einen Volksentscheid forderte und den zivilen Ungehorsam unterstützte.

Die Bewegung gegen das AKW wuchs mit der Besetzung nochmals kräftig an. Nach elf Wochen verliess sie das Gelände. Bauherrschaft und Bundesrat hatten sich bereit erklärt, Verhandlungen oder – wie sie lieber sagten – «Informationsgespräche» zu führen. In diesem Moment bestanden in der ganzen Schweiz und im benachbarten Ausland zahlreiche Unterstützungskomitees. Sämtliche Parteien und Gruppierungen der politischen Linken und der Umweltbewegung hatten sich mit der Kaiseraugster Aktion solidarisiert.

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Die Bewegung verlor an Rückhalt und spaltete sich in GAK und GAGAK (Gewaltfreie



Ruedi Eppler

Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst). Trotz dieser Schwächung versuchte die Bewegung mit Pfingstmärschen, den Funken des Widerstands nach Gösgen und Leibstadt zu tragen. Es blieb bei Versuchen. Es gelang aber immerhin, den Widerstand mit mehreren Initiativen auf die institutionelle Ebene zu tragen. Zudem konnte die Bewegung den Widerstandswillen der Region aufrechterhalten. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit sorgte sie dafür, dass der Protest erneut aufflammte. Auch die regionalen Abstimmungsergebnisse der Initiativen zeigten, dass ein AKW in Kaiseraugst politisch nicht durchsetzbar war.

Schliesslich sahen dies auch bürgerliche Kreise ein. Sie überzeugten die Bauherrschaft, den Spatz in der Hand der Taube auf dem Dach vorzuziehen: Gegen eine Entschädigung von 350 Millionen Franken war diese schliesslich bereit, ihr Vorhaben zu begraben. Dass ihr Projekt inzwischen veraltet war, dass die Konkurrenz französischer Atommeiler die Gewinnaussichten getrübt hatte und dass die Banken nicht länger bereit waren, ein nicht durchsetzbares Werk zu finanzieren, trug dazu bei.

Globale Geschäfte? Globale Verantwortung!

DIE KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE VERLANGT GESETZLICHE GRUNDLAGEN DAFÜR, DASS SCHWEIZER UNTERNEHMEN MENSCHENRECHTE UND UMWELTSTANDARDS RESPEKTIEREN MÜSSEN.

In Hawaii sind Pestizide zugelassen, die in der Schweiz und Europa wegen ihrer gesundheitsschädigenden Wirkung verboten sind. In Sambia bleibt massiver Schwefeldioxydausstoss durch eine Kupfermine straffrei – in der Schweiz wäre das undenkbar. In Westafrika ist missbräuchliche Kinderarbeit auf Kakaoplantagen Realität, während solches hierzulande von Rechts wegen verfolgt würde. Solche doppelten Standards werden von global agierenden Konzernen ausgenutzt. Auch Schweizer Konzerne sind darunter – Glencore, Syngenta, Holcim, Bata oder Roche sind die bekannte Spitze des Eisbergs.

Bundesrat setzt weiterhin auf Freiwilligkeit ...

2011 starteten deshalb verschiedene Organisationen die Kampagne «Recht ohne Grenzen» und forderten, dass Schweizer Firmen Menschenrechte und Umweltschutz auch im Ausland respektieren müssen. Die Petition fand breiten Anklang: 135 000 Menschen unterschrieben in sieben Monaten. Zahlreiche Vorstösse im Parlament und die Beratung der Petition in den Kommissionen sorgten dafür, dass das Thema auf der Agenda blieb. Heute anerkennt der Bundesrat das Problem und hält in seinem Bericht über Sorgfaltspflichten für Unternehmen fest: «Die Schweiz als Standort zahlreicher international tätiger Unternehmen trägt für die Einhaltung der Menschenrechte und den Umweltschutz, namentlich auch in Ländern mit ungenügender Rechtsstaatlichkeit, eine grosse Verantwortung.» So erfreulich das ist, so unverständlich ist es,

dass sich der Bundesrat weigert, den nächsten Schritt zu tun. Er setzt weiterhin allein auf freiwillige Massnahmen der Unternehmen und überlässt so Menschenrechte und Umwelt dem Goodwill der Manager. Auch im Parlament sind verbindliche Massnahmen noch nicht mehrheitsfähig. Anfang März scheiterte eine Kommissionsmotion für mehr Konzernverantwortung im Aktienrecht in einem veritablen Politikrimi: Zuerst nahm der Nationalrat die Motion mit Stichentscheid an. Auf Druck der rechten Ratshälfte und der Wirtschaftsverbände wurde die Motion nach einem Rückkommensantrag doch noch gebodigt.

... umso mehr braucht es die Konzernverantwortungsinitiative

66 Organisationen der Zivilgesellschaft haben Ende April das Volksbegehren lanciert. Es verpflichtet Schweizer Unternehmen zu einer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltsprüfung. Sie sollen ihre Geschäftsbeziehungen und -abläufe durchleuchten und Risiken für Mensch und Umwelt abklären. Als zweiten Schritt müssen sie Massnahmen gegen bereits entstandene Schäden oder mögliche negative Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit ergreifen. Und schliesslich haben sie offen und transparent über Risiken, getroffene Massnahmen und Erfolg derselben zu berichten. Um für die Firmen einen starken Anreiz zu setzen, die Sorgfaltsprüfung präventiv umzusetzen, sieht die Initiative zudem einen Durchsetzungsmechanismus vor: Schweizer Unternehmen sollen neu auch für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung haften, die von ihnen kontrollierte Unternehmen verursachen. Es

sei denn, sie können beweisen, dass sie die Sorgfaltsprüfung umfassend durchgeführt haben. Damit reagiert die Initiative auf die ständig drohende Abschiebung der Verantwortung und stellt klar: Schweizer Unternehmen haben sich an internationale Standards zu halten. Die Unterschriftensammlung für die Initiative läuft seit dem 21. April.

Unterschriftenbogen und weitere Informationen sind zu finden auf www.konzern-initiative.ch



Rahel Ruch, Koordinatorin der Konzernverantwortungsinitiative



Das Präsidium der SP MigrantInnen: Mustafa Atici (Präsident, Mitte), Françoise Bassand, Osman Osmani, Frédéric Nouchi und Ihsan Kurt (Vizepräsidium, v. l. n. r.)

Vielfalt der Schweiz abbilden

DIE VIELFALT DER SCHWEIZER BEVÖLKERUNG MUSS SICH AUCH IM PARLAMENT ABBILDEN. IM ZEICHEN DIESER FORDERUNG FAND AM 9. MAI EINE TAGUNG DER SP MIGRANTINNEN IN BERN STATT.

Mehr als 20 Nationalratskandidierende mit familiären Wurzeln ausserhalb der Schweiz nahmen an der Tagung der SP MigrantInnen teil. Ihr Ziel ist es, am 18. Oktober dafür zu sorgen, dass das Parlament unsere heutige Gesellschaft besser abbildet. Die Berechtigung dieser Forderung zeigt sich daran, dass 46 Prozent der Schweizer Bevölkerung einen Elternteil haben, der im Ausland geboren ist. Diese Vielfalt muss sich auch im Parlament widerspiegeln.



www.spschweiz.ch/migranten

Neben der grundsätzlichen Forderung nach einer besseren Vertretung verabschiedeten die Teilnehmenden ein Manifest, das in zehn Punkten die inhaltlichen Anliegen der SP MigrantInnen aufzeigt. Diese reichen vom bezahlbaren Wohnraum für alle über eine solidarische Flüchtlingspolitik bis hin zu einer Ausweitung der Bürgerrechte und einer Verbesserung der politischen Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit der Wahl eines mehrköpfigen Präsidiums wurde die Organisation der SP MigrantInnen verbessert, insbesondere ist es nun möglich, schneller politische Themen aufzugreifen. Als Präsident der SP MigrantInnen wurde Mustafa Atici (BS) wiedergewählt. Neu steht ihm ein Vizepräsidium, bestehend aus Osman Osmani (SH), Françoise Bassand (ZH), Ihsan Kurt (VD) und Frédéric Nouchi (VS), zur Seite. Simon Roth, Koordinator SP MigrantInnen

Vor drei Jahren wurde das Projekt der SP MigrantInnen mit einer grossen Tagung lanciert. Wo steht die SP MigrantInnen heute?

Inzwischen haben wir sowohl in einigen kantonalen Parteien als auch in der SP Schweiz die gewünschte Akzeptanz erreicht. Erfreulich ist auch, dass in der Schweiz vertretene sozialdemokratische Schwesterparteien bei der SP MigrantInnen mitwirken. Dadurch entstanden regionale Netzwerke. Vor allem in den Kantonen Waadt, Wallis und Zürich wurde gute Arbeit geleistet.

Die Kernforderung der diesjährigen Tagung war, dass die Vielfalt der Gesellschaft im Parlament besser abbildbar sei. Welchen Beitrag kann die SP MigrantInnen dazu leisten?

Mehr als 40 Prozent der schweizerischen Bevölkerung haben einen

Migrationshintergrund. Im Zentrum stehen für uns deshalb zwei Fragen: Wie können wir als Migrantinnen und Migranten unseren Anliegen genügend Gehör verschaffen, und wie gelingt es uns, unseren Anspruch auf die längst fällige angemessene Vertretung in den eidgenössischen Räten durchzusetzen? Mit unseren Kandidaturen für die Wahlen vom Herbst wollen wir einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen leisten. Wir haben in der Schweiz eine Million eingebürgerte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Mit unseren Kandidaturen und einem aktiven Wahlkampf können wir uns bei diesen Menschen und bei all jenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die sich für eine offene Schweiz einsetzen, glaubwürdig positionieren. Wir wollen dazu beitragen, dass die

3 FRAGEN AN MUSTAFA ATICI, PRÄSIDENT DER SP MIGRANTINNEN

SP ein gutes Resultat erreicht. Kandidierende der SP MigrantInnen werden deshalb viele Begegnungen suchen und Menschen, die bisher noch nie von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, davon überzeugen, dass ihre Stimme für uns wichtig ist. Diese Knochenarbeit wird unsere Demokratie bereichern.

Und welche Rolle spielen die SP und ihre Kantonalparteien?

Wenn wir in unserer Gesellschaft tatsächlich die Partizipation von Migrantinnen und Migranten wollen, dann müssen wir eine solche zuerst innerhalb der SP selbst fördern und ermöglichen. Deshalb nehmen wir die SP diesbezüglich auch in die Pflicht. Konkret soll die SP Kandidierende mit Migrationshintergrund aktiv unterstützen und ihnen gute Listenplätze ermöglichen.



Welchen Platz haben die Frauen in den Medien?

WIE IN DEN MEDIEN DIE REALITÄT ABGEBILDET WIRD, BEEINFLUSST DIE URTEILE UND MEINUNGEN DER ÖFFENTLICHKEIT IN HOHEM MASS. DIE MEDIEN MÜSSEN SICH DESHALB IHRER ROLLE BEWUSST SEIN UND AKTIV DAZU BEITRAGEN, DASS DIE GLEICHSTELLUNG ZWISCHEN FRAU UND MANN AUF ALLEN EBENEN VERWIRKLICHT WIRD.

In den vergangenen vierzig Jahren hat auf dem Gebiet der Gleichstellung von Frau und Mann eine wahre Revolution stattgefunden. Nach der vergleichsweise späten Einführung des Frauenstimmrechts 1971 wurden auf verschiedenen Ebenen zahlreiche Massnahmen getroffen, um allen die gleichen Chancen und Rechte zu garantieren. Auch wenn die rechtliche Gleichstellung mit der Verankerung der Lohngleichheit in der Bundesverfassung 1981 und dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes 1996 gewährleistet zu sein scheint – die Realität sieht ganz anders aus.

Dies trifft namentlich für den Bereich der Medien zu. Noch immer erhalten Frauen nicht dieselbe mediale Aufmerksamkeit wie Männer. Das Global Media Monitoring Project (GMMP), das alle fünf Jahre die Präsenz der Frauen in den Medien untersucht, zieht in seiner Studie aus dem Jahr 2005 eine düstere Bilanz mit der Feststellung, dass «die Welt, die wir in den Nachrichten sehen, eine Welt ist, in der die Frauen unsichtbar sind». Sie kommen quantitativ weniger oft vor und werden häufiger mit stereotypen Bildern dargestellt. Dies bedeutet nicht nur, dass den Frauen das Recht auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit aberkannt wird, sondern auch, dass in der öffentlichen Meinung der Eindruck

Wer macht die Nachrichten in der Schweiz?

Zusatzbericht zum Global Media Monitoring Projekt (GMMP). Lausanne, 2010. Download unter www.equality.ch/d/publikationen.htm

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
www.ekf.admin.ch

zementiert wird, die Frauen würden in den ihnen zugeteilten traditionellen Rollen verharren, obwohl sie im wirtschaftlichen und politischen Leben auf unserem Kontinent immer wichtiger werden. Wie in den Medien die Realität abgebildet wird, beeinflusst die Urteile und Meinungen der Öffentlichkeit in hohem Mass. Bedienen oder verstärken die Nachrichtenmeldungen manche der Klischees, die auf der Geschlechtszugehörigkeit basieren, werden dadurch bestimmte Rollen aufrechterhalten, welche die Gesellschaft den Frauen – wie übrigens auch den Männern – zuschreibt.

Frauen = Durchschnittsmeinung

Auch hinsichtlich der anstehenden eidgenössischen Wahlen ist diese Ungleichbehandlung in den Medien von grosser Bedeutung. So kommt das GMMP in seinem Bericht von 2010 zu folgenden Ergebnissen:

Nur in 22 Prozent aller Fälle werden Frauen interviewt oder kommen Frauen in Reportagen vor – handelt es sich um politische Themen, sinkt dieser Durchschnitt auf 14 Prozent. Auch sind Themen, zu denen ausschliesslich Frauen befragt werden, eher selten. Dazu kommt, dass Frauen oft beigezogen werden, wenn nach der Durchschnittsmeinung gefragt wird und seltener, um

ein Expertenurteil abzugeben oder als Autoritätsperson aufzutreten. Über Frauen in der Politik gibt es zahlreiche stereotype Vorstellungen und es fallen Bemerkungen zu nebensächlichen Themen wie Aussehen, Kleiderstil oder Privatleben. Wobei sich auch hier die Klischees hartnäckig halten; noch immer werden Frauen häufiger als Männer über ihren Familienstand definiert. Zudem wird in zahlreichen Nachrichtenmeldungen die Gelegenheit versäumt, die Geschlechterstereotypen zu hinterfragen.

Die Untervertretung und die stereotyp vermittelten Rollenbilder haben zweifellos einen Einfluss auf die stagnierende Zahl von gewählten Parlamentarierinnen. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF ist sich dieser Sachlage bewusst: Sie hat eine Reihe von Empfehlungen zuhanden der Medien veröffentlicht, um diese für Fragen zur Gleichstellung von Frau und Mann zu sensibilisieren und ein Umdenken zu bewirken.

Wir können nur hoffen, dass sich die Medien in diesem Wahljahr ihrer Rolle bewusst sind und aktiv dazu beitragen, dass die Gleichstellung zwischen Frau und Mann endlich auf allen Ebenen verwirklicht wird.

Anita Balz, Zentralsekretärin
der SP Frauen Schweiz



Wirtschaftsdemokratie? Komm nach Biel!

Mir ist es nicht so wichtig, ob es «Economy of tomorrow», «Solidarische Moderne», «Sozial-solidarische Wirtschaftsweise» oder «moderne Wirtschaftsdemokratie» heisst. Wichtig ist mir, dass wir in einer Zeit der multiplen Krisen endlich lernen und uns auch darüber austauschen, wie auf vielfältige Weise die herrschende ökonomische Logik durchbrochen wird. Dies kann durch politische Arbeit geschehen, aber auch durch modellhafte Praxis in Unternehmungen. Wie kann sich eine Unternehmung der Gewinnmaximierungs-Doktrin entziehen? Wie kann Mitbestimmung und Partizipation gelebt und vorangebracht werden? Wie kann die Unternehmensmission einen Beitrag leisten



Eric Nussbaumer,
Nationalrat BL
Mitglied der AG Wirtschafts-
demokratie der SP Schweiz

zur Lösung der bestehenden sozialen oder ökologischen Probleme in dieser Welt? Die Tagung vom 26. Juni geht diesen Fragen nach. Was wird schon gemacht und wo kann weiter nachgedacht und das gesellschaftliche Interesse geweckt werden? Die Tagung wird keine pfannenfertigen Rezepte liefern und sie klärt wahrscheinlich auch nicht abschliessend die eingangs erwähnten Begrifflichkeiten. Die Tagung «Wirtschaft mit Zukunft» soll ein Anstoss sein, weiterzudenken und dem «anderen Wirtschaften» oder dem «transformativen Kompromiss» ein Gesicht zu geben.

Die SP hat sich mit dem Thema der «Wirtschaftsdemokratie» eine grössere Aufgabe gestellt. In

ein paar Monaten sind dazu nicht alle Herausforderungen gelöst und auch nicht alle Fragen beantwortet. Aber die Sozialdemokratie kann Wegbereiterin und Mitgestalterin sein in einer grösseren und breiteren Bewegung. Die SP kann Impulse aufnehmen und neue Impulse weitertragen. Diese Vernetzung ist ein wichtiges Element moderner Parteiarbeit. Es braucht neue gesellschaftliche Bündnisse, um alle progressiven Kräfte zu bündeln. So verorten wir auch die von uns initiierte Tagung «Wirtschaft mit Zukunft». Ich freue mich, wenn du in Biel dabei bist und damit der Bewegung Schub gibst und vorhandene, zukunftsfähige Unternehmenskonzepte stärkst.

Tagung Wirtschaft mit Zukunft Freitag, 26. Juni 2015 im Kongresshaus Biel

9.30 Uhr **Begrüssung und Einleitung**
Stefan Hostettler (Tagungsmoderator) mit Barbara Gysi (Nationalrätin SG) und Eric Nussbaumer (Nationalrat BL)

9.45 Uhr **Demokratische Unternehmen – Fundament einer Wirtschaft mit Zukunft?!**

Hans A. Wüthrich, Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Management an der Universität der Bundeswehr München und Privatdozent an der Universität St. Gallen

10.30 Uhr **Chantier de l'Économie sociale – Erfahrungen aus Québec**
Geneviève Huot, Leiterin Forschung und Bildung des Chantier de l'Économie sociale, Québec

11.15 Uhr **Soziale und Solidarische Ökonomie – auch in der Schweiz!**
Mathieu de Poorter, Kommunikati-

onsverantwortlicher der Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, APRÈS-GE

12 Uhr **Podiumsdiskussion Wirtschaft mit Zukunft – aber wie?**

Erfahrungen, Herausforderungen, Handlungsbedarf
Geneviève Huot, Eric Nussbaumer, Christian Arnsperger (Professor für Nachhaltigkeit und Wirtschaftsanthropologie an der Universität Lausanne), Christophe Dunand (Sozialunternehmer, Ashoka Senior Fellow, Lehrbeauftragter an der Genfer Hochschule für Wirtschaft), Walter Hollenstein (Manus Bau + Schreinerei, Bern)

13 Uhr **Mittagspause**

14 Uhr **Parallelworkshops Wirtschaft mit Zukunft in der Praxis**

1.) Sozial-ethische Banken für eine

**Anmeldung bis 5. Juni
www.wirtschaftmit
zukunft.ch**

zukunftsfähige Wirtschaft (Alternative Bank/Barbara Felix, Leiterin Marketing & Kommunikation). 2.) Genossenschaftliche Struktur als Stärke (Mobility/Sonja Roos, Leiterin Strategische Projekte). 3.) Fonds für den ökosozialen Umbau (Unia/Corrado Pardini, Nationalrat BE, Sektorleiter Industrie und IT & Manuel Wyss, Branchenleiter Chemie/Pharma). 4.) Zertifizierung «B Corporation» (B Corp Switzerland/Jonathan Normand, Gründungsmitglied)

15.45 Uhr **Kurzresümee der Workshops im Plenum**

16 Uhr **Wirtschaft mit Zukunft – Erklärung von Biel/Bienne**
Präsentation und Diskussion

16.45 Uhr **Fazit und Verabschiedung**
Simultanübersetzung d/f im Plenum

Jetzt anmelden!
www.spschweiz.ch/sommeruni

Zur Sonne, zur Freiheit!

VOM 6. BIS 9. AUGUST FINDET IN CHANDOLIN VS DIE ZWEITE SOMMERUNI DER SP SCHWEIZ STATT.

DIE THEMEN DER SOMMERUNI Wohnen – Privileg oder Selbstverständlichkeit? Mit Nationalrat Beat Jans und Kantonsrat Marcel Budmiger Menschen auf der Flucht. Globale Krisenherde und die Arbeit des IKRK. Mit IKRK-Präsident Peter Maurer. Gegnerbeobachtung. Mit Historiker Adrian Zimmermann (angefragt). Auswege aus der multiplen Krise – und die Rolle der Sozialdemokratie. Mit den NationalrätInnen Barbara Gysi, Eric Nussbaumer und Corrado Pardini sowie Pascal Zwicky (Projektleiter Themenmanagement). Zur Sonne, zur Freiheit: Blicke auf die Geschichte der SP Schweiz. Mit Heidi Witzig (Historikerin), Mattea Meyer (Kantonsrätin), Fabrizio Boeniger (Stiftung SP Bildung). Pour tous, sans privilèges: Regards sur l'histoire du PS Suisse. Avec l'historienne Line Rennwald. Zukunftsfähige SP. Mit Co-Generalsekretärin Leyla Gül und Historiker Heinz Looser. Auslagerung von Aufgaben des Service public an Dritte und Einflussmöglichkeiten von Regierung und Parlament. Mit Regierungsrat Urs Hofmann. Externalisation et privatisation. Avec Ursula Schneider Schüttel, conseillère nationale. Sozial und demokratisch in die digitale Gesellschaft. Mit Startup-Unternehmer Hannes Gassert. Hassliebe Schweiz-Europa. Zum schwierigen Verhältnis der Schweiz zu Europa und den künftigen Herausforderungen. Mit Nationalrat und Nebs-Präsident Martin Naef. Nach der Wahl. Die Chancen und Herausforderungen der kommenden Legislatur. Mit Fraktionspräsident Andy Tschümperlin. Öffentlichkeitsarbeit: Tipps und Tricks zur Kommunikation. Mit Michael Sorg, Medienverantwortlicher SP Schweiz. Communication! Avec Gaël Bourgeois, porte-parole adjoint PS Suisse.

Im August 2014 führte die SP Schweiz zum ersten Mal eine Sommeruni durch. Die Teilnehmenden dieser Premiere waren so begeistert, dass auch dieses Jahr wieder eine Sommeruni in einem ähnlichen Rahmen stattfinden wird. Auch in diesem Jahr werden wir uns in Chandolin, auf fast 2000 Meter Höhe treffen. Vor dem imposanten Hintergrund der Walliser Alpen beschäftigen wir uns mit aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft (siehe oben). Es sind Themen, die in der Alltagspolitik oftmals zu kurz kommen, aber nichtsdestotrotz wichtig sind, um Klarheit und Gewissheit für unsere politischen Forderungen und Argumentationen zu erhalten. Aber auch mit handwerklichen Aspekten der Politik werden wir uns beschäftigen. Im Austausch mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz ergibt sich zudem eine einmalige Möglichkeit, sich zu vernetzen sowie von den Erfahrungen und Ideen anderer zu profitieren. Daneben kommt selbstverständlich auch der gesellschaftliche Teil nicht zu kurz. Die Sommeruni richtet sich in erster Linie an aktive Parteimitglieder.



DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Das Grand Hôtel Chandolin ist ein schönes und grosszügiges Gruppenhaus mit einfachem, aber sauberem Standard. Es hat vorwiegend 2er- bis 4er-Zimmer.
- Familien und Kinder sind willkommen! Am Freitag und Samstag bieten wir eine Kinderbetreuung für Kinder ab 3 Jahren an.
- Die Kosten pro erwachsene Person betragen für Normalverdienende 250 Franken, pro Kind 100 Franken, inklusive Frühstück, Mittagessen und Abendessen, Weiterbildung, Kinderbetreuung und Freizeitprogramm. Nicht eingeschlossen sind die Reisekosten sowie weitere Konsumation. Für Wenigverdienende betragen die Kosten 150 Franken.
- Das Haus, die Zimmer und die sanitären Anlagen sind leider nicht behindertengerecht. Es gibt jedoch einen Lift und mit entsprechender Hilfe sollte ein Aufenthalt auch für Menschen mit einer Behinderung realisierbar sein.



ZUM TOD VON ANDRÉ DAGUET

Draufgänger und Bonvivant

Mit André Daguet haben wir einen engagierten Kollegen, überzeugten Genossen, kämpferischen und verlässlichen Gewerkschafter und linken Politiker verloren. Er starb in der Nacht auf den 1. Mai, den Tag der Arbeit, der in seinem Leben stets einen festen Platz hatte. Als ob er diesen Todeszeitpunkt selbst gesetzt hätte. Er wurde 67 Jahre alt.

In seiner letzten Lebensphase hatte er schwer unter der Muskel- und Nervenkrankheit ALS zu leiden. Die Krankheit übernahm Schritt für Schritt Regie über seine Körperfunktionen; Halsmuskulatur und Stimme versagten. Er war auf ständige Pflege angewiesen. Doch selbst schwerste Einschränkungen konnten ihn nicht von der Teilnahme am politischen Geschehen abhalten: So benützte er seine schnellen Finger für Tastenarbeit, versandte Mails an enge Freunde und Mitstreiter von Partei und Gewerkschaft. Er erteilte per SMS Tipps und mischte sich, wo er konnte, in Abläufe ein. Sein Spitalzimmer nutzte er bis zuletzt für Sitzungen und Besprechungen.

Wir kannten uns seit langer Zeit. Eine gerechte und soziale Welt war für ihn die Richtschnur für alles. Daran mass er die politische Arbeit, daran mass er die Verantwortungsträger. Mit Vehemenz vertrat er die Anliegen von Werktätigen und sozial Benachteiligten – ohne Moralist zu sein. Mit Vehemenz erfüllte er seine Aufgaben als Zentralsekretär von Amnesty International, Generalsekretär der SP Schweiz, Smuv- und später Unia-Gewerkschafter, Nationalrat. Stets mit wachem Geist, aber herzlich. Er war ein Chrampfer, aber kein verbissener Krieger. Er schonte sich selber nicht, gönnte sich jedoch auch Erholung und Freude. Er lebte sein Leben bis zum Schluss. Er war Bonvivant und Kämpfernatur, Draufgänger und Nachdenker. Er war ein Mensch und kannte die Kontraste des Lebens.

André Daguet erlitt vor fünf Jahren einen Herzstillstand. Er wurde erfolgreich wiederbelebt und lebte fortan mit einem implantierten Defibrillator. So lernte er mit der schweren Krankheit umzugehen, ohne die Freude am Leben zu verlieren. Wir können von ihm lernen, wie man sich als schwer Geprüfter nie entmutigen lässt. Wie man als Angehöriger einer linken Partei inmitten bürgerlicher Übermacht seinen Weg mit Überzeugung und Würde geht und die Lebensfreude nicht verliert.

André Daguet konnte auch Erfolge feiern: Die grosse Gewerkschaftsfusion von Smuv, GBI und VHTL zur Unia ist zu einem guten Teil sein Verdienst. Der Erdrutschsieg der SP auf nationaler Ebene im Wahljahr 1995 ist dem Duo André Daguet als Generalsekretär und Peter Bodenmann als damaligem Präsidenten zuzuschreiben. Solch erfolgreiche Einzelkämpfer und gute Teamplayer braucht das Land.

Alexander Tschäppät, Stadtpräsident von Bern, SP-Nationalrat



Wo man die wichtigen Theorien diskutiert.

Das Web-Portal
theoriekritik.ch:
Debatten, Rezensionen,
Kommentare

Giannis Varoufakis, Karl Marx, Judith Butler, Antonio Gramsci, Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Marianne Gronemeyer, Pierre Bourdieu, Ernst Bloch, Chantal Mouffe, Slavoj Zizek, u. a.

PC-61-362503-5

IBAN: CH82 0900 0000 6136 2503 5

Unsere Auftraggeberin, die *Unia*, ist die grösste branchenübergreifende Gewerkschaft der Schweiz. Sie engagiert sich für ihre rund 200'000 Mitglieder und für faire Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Infolge Stärkung und Neuorganisation des Sektor Gewerbes wird in Bern einen/eine

Nationale/n Branchenleiter/in für Branchen im Ausbaugewerbe (80–100%)

gesucht.

Ihre Aufgaben

Sie sind zuständig für Erarbeitung, Durchführung und Koordination von Projekten und Kampagnen in in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Sekretär/innen in den Regionen/Sektionen. Sie nehmen Einsitz in paritätischen Kommissionen und arbeiten im Vertragsvollzug und in paritätisch zusammengesetzten Branchenpensionskassen mit. Unterstützung bieten Sie

- > bei der Vernetzung der Branchenverantwortlichen, der Betreuung der Betriebe und beim Aufbau der Vertrauensleutenetze
- > bei der Erneuerung kantonaler und regionaler GAV
- > bei Lohnverhandlungen und Verhandlungen bei der Erneuerung von nationalen GAV

Ihr Profil

Sie verfügen über gewerkschaftliche und verbandspolitische Erfahrung und eine abgeschlossene Berufsbildung mit Weiterbildung oder Wissen auf Stufe FH. Wichtig sind ihr Engagement, ausgewiesene Erfahrungen in Projektmanagement und im besonderen Erfahrung und gute Kenntnisse zu Fragen der Gewerkschafts-, Sozial- und Vertragspolitik.

Sie haben ein sicheres Auftreten und ein ausgewiesenes Verhandlungsgeschick. Es fällt Ihnen leicht, Menschen zusammenzubringen und sich zu vernetzen.

Ausgezeichnete Sprachkenntnisse (Wort und Schrift) in Deutsch und Französisch sind Bedingung für diese Stelle.

Wir freuen uns auf Ihre elektronische Bewerbung an:

Kampahire, Andrea Sprecher, asprecher@kampahire.ch

Für Fragen steht Ihnen Frau Sprecher unter 044 500 16 09 zur Verfügung.

<KAMPAHIRE>

www.kampahire.ch

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Wie regelt die Schweiz die

Einwanderung? D1.8.1510

27.5., vpod-Zentralsekretariat, Zürich. Personenfreizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU, flankierende Massnahmen, Ausländergesetz, gewerkschaftliche Positionen. Referenten: Daniel Lampart (SGB), Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Betriebsinterne Öffentlichkeitsarbeit für die Personalvertretung D1.7.1515

2.–3.6., Fortbildungszentrum, Oberdorf SO. Professionelle Kommunikation der PV, kritische Beleuchtung der sozialen Medien. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Digitalisierung der Arbeitswelt:

Risiko oder Chance? D1.8.1508

4.6., Unia-Zentralsekretariat,

Bern. Veränderte Formen der Arbeitsorganisation, erhöhte Anforderungen an die Arbeitszeitflexibilität, Zugang zu Qualifizierungen für die Beschäftigten, «gute Arbeit» als gewerkschaftliche Strategie. Referenten: Beat Baumann (Unia), Martin Kuhlmann (Arbeits- und Industriesoziologie)

Wirksame Lohnkontrollen – jetzt! B4.1.1501

Tagung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB 12.6., Hotel Bern, Bern. Jedes Jahr entgehen den Frauen aufgrund der Lohndiskriminierung 7,7 Milliarden Franken. Frauenorganisationen und Gewerkschaften setzen sich seit Jahrzehnten ein, um diesen Missstand zu beseitigen. Freiwillige Massnahmen führen nicht zum Erfolg, wie der Lohngleichheitsdialog zeigt, der aufgrund mangelnder Beteiligung von Unternehmen beendet wurde. Jetzt ist der Bundesrat in der

Pflicht. Er hat staatliche Massnahmen angekündigt: Was plant der Bundesrat? Wie sehen diese Massnahmen aus? Und wie kann die Lohngleichstellung endlich durchgesetzt werden?

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71 Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

14. JUNI
eidgenössische Abstimmungen

3. JULI
Koordinationskonferenz
Deutschschweiz

6.–9. AUGUST
Sommeruni in Chandolin

12. SEPTEMBER
nationale Wahlveranstaltung
der SP Schweiz

19. SEPTEMBER
Herbstanlass SP 60+
Solothurn

18. OKTOBER
nationale Wahlen

4. DEZEMBER
Koordinationskonferenz

5. DEZEMBER
Delegiertenversammlung

Sei Sogni di Carlo Volpi

Eine der beliebtesten italienischen Biowein-Selektionen

Carlo Volpi, Inhaber der Cantine Volpi, einer Kellerei in Tortona, träumte vor über zehn Jahren davon, sein Angebot mit einer Reihe von Bioweinen zu ergänzen. Er garantiert den lokalen Winzergruppen die Abnahme von Weinen aus kontrolliertem biologischem Anbau. Auf seine Initiative hin sind sechs Bioweine entstanden, die durch ihre Eigenständigkeit und ihre Sortentypizität hellauf begeistern.

Il Sogno Bianco 2014

Inzolia
Sicilia IGT

Il Sogno Rosato 2014

Montepulciano, Sangiovese
Terre di Chieti IGT

Primo Sogno 2013

Sangiovese
Marche IGT

Secondo Sogno 2013

Montepulciano
Montepulciano d'Abruzzo DOC

Terzo Sogno 2013

Nero d'Avola
Sicilia IGT

Ultimo Sogno 2012

Primitivo
Salento IGT



Pro Kunde kann nur ein Kennenlern-Angebot zum Aktionspreis bezogen werden. Gültig bis Ende Juni 2015. *Verpackt in einem künstlerisch gestalteten Geschenkkarton von Regula Büsser.*

..... Bitte ausfüllen und einsenden oder gleich telefonisch unter 043 322 60 00 bestellen

Senden Sie mir das 6er Kennenlern-Angebot «Sei Sogni» für nur **Fr. 69.- statt Fr. 84.80** (inkl. Versandkosten)

Bitte senden Sie mir gratis:

- den Küferweg-Newsletter
 das Küferweg-Weinbuch

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Tel.

1291